

Land Grab auf Chinesisch

Chinas exterritoriale Zonen

(Afrikanisches) Land-Grabbing und China – beides scheint untrennbar verbunden zu sein, und das nicht im positiven Sinn. Doch der Land-Grab-Zug ist längst weitergefahren.

Astrid Lipinsky

Ja, ja, die Chinesen bestechen die afrikanischen Potentaten mit Autobahnen und teuren Palästen, unterwerfen den lokalen Handel einer Gruppe von chinesischen Einwanderern und nehmen den Bauern das Land weg. Die Rückholung nach vielen Jahren lassen sie sich teuer bezahlen. So, seufzt Westeuropa, macht China die Entwicklungshilfe kaputt, die statt des Palastbaus, nachgewiesene »participative governance« verlangt.

Inzwischen ist der *Land-Grab*-Zug längst weitergefahren. Was in Afrika begann, setzt sich jetzt in Lateinamerika, in Zentralasien und auch in Südostasien fort. Manchmal geht es beim *Land-Grab* um die Produktion von Nahrungsmitteln, manchmal um Rohstoff- und Energieproduktion. Dann wieder plant der Staat mit ausländischer Unterstützung eine touristische Entwicklung und benötigt dafür das Land der eigenen Bauern.

Verlagerung der Ressource Land ins Ausland

Land-Grab ist zunächst – auch in China – ein Streit zwischen Inländern im Inland. Die großflächige Enteignung von Bauern führt aber zu sozialer Unruhe. Solchen potenziell die Regierung bedrohenden Unfrieden will man natürlich lieber weit weg haben, bevorzugt in den abgelegenen Regionen des eigenen Landes, noch besser im Ausland. Das ist (auf Chinesisch): Investition. Europäische NGOs bezeichnen es als Neo-Kolonialismus und als *Empire-building*, denn hinter den Investitionen steht der chinesische Staat. Die Regierungen beider Seiten schließen Übereinkünfte, an denen die betroffenen Bauern nicht beteiligt sind.

Was die landwirtschaftsbezogene Expansion be-

trifft, so unterscheidet sie sich nicht von der globalen chinesischen Marktübernahme in anderen Sektoren. Kein Unterschied auch zu dem Verhalten der asiatischen Nachbarn: In Vietnams Hauptstadt protestieren Bauern gegen ihre Enteignung durch lokale Beamte für »Investitionsprojekte«. Oder gleich durch den Staat selbst für »Straßenbau«, während eine marktgerechte Entschädigung ausbleibt. In Laos baut Vietnam einen Golfplatz auf vom Staat im Long-Thanh-Projekt zugewiesenem Land. Den darauf bislang lebenden und vom Land lebenden Bauern bleiben Proteste, mal still, mal laut, mal gewaltsam, und eine winzige Entschädigungszahlung. Geben sie nicht auf, ist umgehend laotische Polizei vor Ort, Hand in Hand mit vietnamesischem Sicherheitspersonal, teilweise in den Uniformen der vietnamesischen Armee, um sie zu zwingen,.

Es ist ein Modell: *Land-Grab* funktioniert umso besser, je weiter weg, bevorzugt jenseits nationaler Grenzen und mit der Unterstützung des Staates, auf dessen Land man zielt. Zweite Bedingung: Dieser Staat ist schwächer (und ärmer), aber in der Lage, seiner Bevölkerung die Preise (die unzureichende Entschädigungszahlung) zu diktieren. Deshalb investieren China und Südkorea in Indonesien (Produktion von Bio-Treibstoff), aber nicht umgekehrt. Das Produzierte geht vollständig ins Land der Investoren. China legt in Kambodscha und in Burma auf bisherigem Reisland Gummipflanzungen an. Das Gummi wird nach China exportiert, wo man im Jahr 2020 30 Prozent der Welt-Gummiproduktion für die eigene herstellende Industrie benötigen wird. Problematisch ist, dass sowohl Kambodscha als auch Burma an der Schwelle zum Hunger leben, und die langfristige Verpachtung von Land (99-Jahre-Verträge sind üblich) die Ernährungssicherheit bis weit in die Zukunft gefährdet. Das Modell entspricht dem der Demokratischen Republik Kongo, wo China auf einer riesigen Fläche Palmöl produziert und nach China exportiert, während internationale Hilfsorganisationen versuchen, die Hungersnot im Land einzudämmen.

Andererseits sind Teile von China selbst zum Ziel von *Land-Grabbing* durch Japan und durch Auslandschinesen geworden. Die Deutsche Bank und



Die Autorin ist Universitätsassistentin mit den Schwerpunkten Frauen, Recht und Taiwanstudien (an der Sinologie) am Institut für Ostasienwissenschaften der Universität Wien.

Goldman Sachs haben in Schweine- und Hähnchenzuchtbetriebe in China investiert. Allerdings ist der Handel mit Agrarland in China selbst eigentlich illegal. Trotzdem »verkaufen« Lokalregierungen Land an externe Investoren und entziehen den ursprünglichen bäuerlichen Bewirtschaftern die Zugangsrechte. Weil der Verkauf nicht legal ist, unterstehen die Verträge keiner Kontrollmöglichkeit, zum Beispiel hinsichtlich einer Befristung, die deshalb meistens nicht enthalten ist.

Gruppen von Land-Grabbern

China und Südkorea gehören zusammen mit Indien und Japan zur asiatischen Gruppe, eine von drei globalen Großgruppen von Staaten, die massiv im Ausland in Landressourcen investieren. Weitere konkurrierende Gruppen sind die Golfstaaten und die »alten Imperialisten« Europa und die USA. Jede Gruppe wird von wenigen Staaten geführt, (zu denen in der asiatischen Gruppe China und Südkorea gehören). Diese Länder zeichnen sich durch *Land-Grabbing* in besonders großem Ausmaß aus. Beim *Land-Grab* konkurrieren die *Land-Grabber* gegeneinander. Gleichzeitig sind sie bemüht, ihren *Grab* möglichst weit weg vom eigenen Land zu konzentrieren. Deshalb liegt der chinesische Investitionsschwerpunkt in Afrika, während der *Land-Grab* innerhalb Asiens von den arabischen Golfstaaten angeführt wird. Der wahre Charakter des *Land-Grabs* wird darin kenntlich, dass sogar ethnische Ähnlichkeiten nach Möglichkeit vermieden werden. Der *Grab* ist idealerweise rassistisch: Gerichtet gegen Menschen, die man als ethnisch minderwertig betrachten kann. Das bedeutet auch, dass selbstverständlich lukrative Führungspositionen im *Grabbing*-Prozess mit eigenen Leuten besetzt werden. Die »Entwicklung« des Ziellandes ist von nachgeordneter Bedeutung.

Nahrungsmittelproduktion

China ist sehr stolz darauf, mit weniger als zehn Prozent des weltweiten Ackerlandes, aber 40 Prozent aller Bauern weltweit, 22 Prozent der Weltbevölkerung zu ernähren. Genauso groß ist die Furcht davor, eines Tages die Bevölkerungsmasse nicht mehr ernähren zu können. Zwar produziert China ein Drittel der weltweiten Reisproduktion, versorgt damit aber vorwiegend die eigene Bevölkerung. Chinesen kon-



sumieren pro Person 90 Kilo Reis pro Jahr, gegenüber weniger als fünf Kilo pro Jahr in Westeuropa. Chinas Konsumenten konkurrieren in Asien mit anderen, etwa mit Indonesien, wo jede Person 150 Kilo Reis pro Jahr verbraucht. Zwar wird über die Hälfte von Reis weltweit in China und Indien erzeugt, aber auch vorwiegend im Land konsumiert. Obwohl China ebenfalls Reis exportiert, etwa zwei Prozent der weltweiten Reisexporte, gehört es nicht zu den größten Exporteuren, nämlich den USA und Thailand.

Schon vor der weltweiten Nahrungsmittelkrise von 2007 hatte China damit begonnen, die eigene Lebensmittelversorgung ins Ausland auszulagern und mehr als 30 Kooperationsverträge über ausländisches Agrarland geschlossen. In der globalen Suche nach Land sah sich China bestätigt, als 2007 Vietnam, einer der bisherigen Hauptlieferanten von Reis nach China den Reisexport beschränkte.

Der enorme Verlust von Agrarflächen durch Überdüngung, Ausbreitung der Wüsten, Mangel an sauberem Wasser und vor allem Verstädterung und industrielle Landnutzung, führt dazu, dass mit einer Steigerung der einheimischen chinesischen Produktion nicht mehr gerechnet werden kann, zumal die einheimische chinesische Getreideproduktion im ersten Halbjahr 2011 nach einer lang anhaltenden Dürre im Südwesten Chinas um 0,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr sank. Es war der erste Rückgang

von Chinas Getreideproduktion im Sommer 2011 seit sieben Jahren. Im selben Zeitraum verdoppelten sich Chinas Reimporte, und der Reispreis stieg um über elf Prozent.

Konfrontiert mit der Notwendigkeit Reis zu importieren, hat sich China in Kambodscha bereits 2007 mit Geldzusagen von über 600 Millionen US-Dollar sowohl zeitlich wie finanziell an die Spitze der Investoren gesetzt. 2008 stiegen weitere Staaten, unter anderem Katar und Kuwait in die »Entwicklung der kambodschanischen Landwirtschaft« ein, mit dem Ziel, die Nahrungsmittelversorgung der eigenen Bevölkerung sicher zu stellen. Die kambodschanische Regierung hat noch brachliegendes Agrarland zu vergeben und erhofft sich von den ausländischen Investoren eine Verbesserung der Bodenqualität.

2007 bewilligte die Regierung der Philippinen eine chinesische Mammutinvestition in die Landwirtschaft. Das Projekt über die 25-Jahre-Pacht von 1,2 Hektar für fünf Millionen US-Dollar zur Produktion von Reis, Zucker und Mais wurde allerdings aus ungenannten Gründen im selben Jahr auf Eis gelegt. Wie meist ist der Vertragsschluss möglichst geheim und führt damit den Beweis, dass die Betroffenen nicht einverstanden wären.

Chinesische exterritoriale Zonen

Was die europäischen Kolonialmächte dem chinesischen Kaiserreich in seinen letzten Jahren abpressten, nämlich exterritoriale Enklaven, in denen kein chinesisches Recht galt, und wo Englisch oder Französisch gesprochen wurde, hat China heute selbst, zum Beispiel in Laos. An der Nordgrenze in Boten betreibt China eine Wirtschaftszone mit Prostituierten, die aus China kommen. Gesprochen am Hotelpfand und in den Taxis wird Chinesisch. Die Währung ist ausschließlich der chinesische Yuan. Kommt es zu Verkehrsunfällen, schreitet das chinesische Sicherheitspersonal ein. Laotische Polizei ist nirgendwo zu sehen. Die beiden chinesischen Wirtschaftssonderzonen, die China in Boten betreibt, sind autonom. Hier fahren chinesische Autos, ein laotisches Nummernschild brauchen sie nicht, und Laos hat jegliche Regierungsautorität an China abgetreten, im Austausch für zinslose Kredite und »Entwicklungshilfe«. Seit 2001 ist dieser Expansionismus mit Geld offizielle chinesische Außenpolitik. Nach Jahrzehnten von Handelsüberschüssen mangelt es China nicht an Geld. Im Gegenzug müssen die Zielländer aber Zugeständnisse machen: Zum Beispiel den Arbeitsmarkt für chinesische Arbeitskräfte öffnen. Oder erlauben, dass chinesische Investoren ausschließlich Chinesen beschäftigen, egal wie dringend das Land – bevorzugt autoritär regierte Staaten wie Laos, Burma, Kambodscha und Vietnam – Arbeitsplätze für die eigene Bevölkerung benötigt. Die Zwangsumsiedlung

ganzer Dörfer und die chinesische Zusammenarbeit mit korrupten Lokalregierungen führen zusehends zu Protesten der betroffenen Bevölkerung, die sich nationalistisch von China abgrenzen.

2008 hat eine Studie die Gegenleistungen aufgelistet, die China von Laos erwartet, und die Laos tatsächlich inzwischen gewährt hat: Laos unterstützt jegliche chinesische Politiken, insbesondere gegenüber Taiwan und Tibet. Chinesische Unternehmen haben freien Zugriff auf die Ausbeutung laotischer Bodenschätze. Und: Laos genehmigt den chinesischen Straßenbau über laotisches Territorium zur Verbindung mit Thailand. Zwischen 1997 und 2007 hat sich die Zahl der chinesischen Migranten nach Laos verdreifacht. Die laotische Regierung schätzt sie auf 30.000, was als grobe Unterschätzung gilt. Jedenfalls erwartet aber China laotische Unterstützung beim Bau einer *Chinatown* in der laotischen Hauptstadt Vientiane sowie bei der Anlage einer Mehrzahl weiterer rein chinesischer Wirtschaftszonen, die zu einer Welle chinesischer Migranten führen werden. Diese neuen Migranten fühlen sich dem Gastgeberland und der Gastgeberkultur überlegen, und haben keinerlei Integrationsbereitschaft, sondern verdrängen rücksichtslos die Einheimischen, die mit antichinesischen Unruhen reagieren. Nachdem es in Vietnam öffentlich und international sichtbare Proteste von Bloggern gegen die Lizenz für ein chinesisches Unternehmen zum Bauxit-Abbau in einem Naturschutzgebiet gab, hat China großzügig in den Aufbau des laotischen Internets investiert, vor allem in seine Kontrolle und in die Ausbildung einer Internetpolizei nach chinesischem Vorbild. Derzeit – noch – gibt es in Laos keine Internetzensur.

Chinesischer Expansionismus und das Risiko für die Nachhaltigkeit

Beim *Land-Grab* verhält sich China wie eine Kolonialmacht des 19. Jahrhunderts. In der globalen Welt des 21. Jahrhunderts generiert es aber damit unerwarteten Widerstand jenseits einer anti-chinesischen Stimmung: Die letzten Jahre zeigen eine Rückwendung südostasiatischer Staaten zu den USA, deren neue außenpolitische Strategie positiv auf diese Annäherung zu reagieren verspricht.

